

## Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats am 11. Dezember 2014

Ort: Radio Bremen

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

### **Teilnehmende:**

#### Vorsitz:

Eva-Maria Lemke-Schulte

#### Rundfunkrat:

Doris Achelwilm  
Alice Bachmann  
Angela Bauriedl  
Uwe Boysen  
Andreas Brandes  
Irmgard Czarnecki  
Matthias Dembski  
Daniel De Oliveira Soares  
Annette Düring  
Andreas Egbers-Nankemann  
Susan Ella-Mittrenga  
Karin Fricke  
Wolfgang Grotheer  
Wiebke Hamm  
Hellena Harttung  
Katrin Lehmann  
Cornelius Neumann-Redlin  
Dr. Beate Porombka  
Antje Schreiner  
Barbara Tülp  
Norbert Wilke

#### Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

#### Senatskanzlei:

Dr. Melanie Hübel

#### Radio Bremen:

Jan Metzger  
Brigitta Nickelsen  
Jan Weyrauch  
Jens Böttger  
Sven Carlson  
Jan-Thede Domeyer  
Michael Gerhardt  
Michael Glöckner  
Bärbel Peters  
Andrea Schafarczyk  
Jan Schrader  
Heike Wilke

#### Personalrat:

Rainer Kahrs  
Gaby Schuylenburg  
Christian von Plato

#### Frauenbeauftragte:

Birgitta Tunkel

#### Schwerbehindertenbeauftragte:

Gesine Reichstein

#### Protokoll:

Merle Schmidt

Entschuldigungen:Rundfunkrat:

Michael Frost und seine Stellvertreterin Martina Kirschstein-Klingner  
Elke Heyduck und ihr Stellvertreter Peter Kruse  
Dr. Martina Höhns, i.V. Andreas Egbers-Nankemann  
Dieter Mazur, i.V. Irmgard Czarnecki  
Prof. Dr. Heinz-Otto Peitgen, i.V. Angela Bauriedl  
Anna Igho Priester, i.V. Daniel De Oliveira Soares

Radio Bremen:

Brigitta Nickelsen

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung am 18.09.2014
3. Bericht der Vorsitzenden
4. Vorstellung der neuen Chefredakteurin Andrea Schafarczyk
5. Bericht des Intendanten  
Vorlage 21/2014
6. Berichte aus den Ausschüssen
7. Bericht vom Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
8. Wirtschaftsplan 2015  
Vorlage 22/2014
9. Mittelfristige Finanzplanung  
Vorlage 23/2014
10. Entwicklungsbericht 2015  
Vorlage 24/2014
11. Aufhebung der Kooperationsvereinbarung Nordwestradio  
Vorlage 25/2014
12. Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten  
Vorlage 26/2014
13. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben  
Vorlage 27/2014
14. Verschiedenes  
Termine 2015

**Die Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Andrea Schafarczyk, ab dem 1. Januar 2015 Chefredakteurin von Radio Bremen.

Frau Lemke-Schulte gratuliert Frau Harttung zu ihrer Wahl als Ortsamtsleiterin für den Bereich Mitte/östliche Vorstadt. Es sei jedoch eine Konkurrentenklage eingereicht worden, die den Amtsantritt von Frau Harttung verzögere.

Frau Lemke-Schulte wünscht der Fernsehausschuss-Vorsitzenden im Namen des Rundfunkrats viel Glück für eine schnelle Regelung.

Sie berichtet weiter, der Vorstand der Landessenorenvertretung habe ihr mitgeteilt, dass er die Reihenfolge der Delegierten für den Rundfunkrat geändert habe. Demnach sei nun Karin Fricke ordentliches Rundfunkratsmitglied und Joachim Schwolow ihr Stellvertreter. Sie freue sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Frau Lemke-Schulte fährt fort, das neue stellvertretende Mitglied des Bremer Jugendrings, Jens Crueger, habe sich dem Hörfunk- und dem Zukunftsausschuss zugeordnet.

Gesine Reichstein sei im Oktober zur neuen Vertrauensperson der schwerbehinderten Beschäftigten bei Radio Bremen gewählt worden. Damit trete sie in die Fußstapfen von Susanne Tetzke und werde an den Rundfunkratssitzungen künftig in Doppelfunktion teilnehmen, nämlich sowohl als Publikumsbeauftragte als auch als Vertrauensperson der Schwerbehinderten. Frau Lemke-Schulte gratuliert Frau Reichstein zu der neuen Funktion.

#### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Frau Lemke-Schulte** bittet darum, TOP 4 hinter TOP 2 vorzuziehen und mit der Vorstellung der neuen Chefredakteurin zu beginnen.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

#### **TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung am 18.09.2014**

Nach Änderung eines Flüchtigkeitsfehlers auf Seite 6 („halten“ statt „abhalten“) wird das Protokoll genehmigt.

#### **TOP 4: Vorstellung der neuen Chefredakteurin Andrea Schafarczyk**

**Frau Schafarczyk** bedankt sich für die Einladung in die Sitzung und die Möglichkeit, sich dem Rundfunkrat vorzustellen. Sie erläutert ihren beruflichen Werdegang. Nach dem Journalistik-Studium in Dortmund habe sie für diverse Medien und in unterschiedlichen Bereichen gearbeitet. Aktuell sei sie noch Wortchefin von 1LIVE und damit verantwortlich für die Inhalte der Radiowelle.

Inhaltlich lege sie Wert auf Aktualität, dabei aber auf einen besonderen Zuschnitt. In der digitalen Welt, in der Nachrichten überall sofort verfügbar seien, könne man sich darüber unterscheiden, wie man an Themen rangehe und was man zu ihnen zu sagen habe. Es sei wichtig, eigene Akzente zu setzen und eine eigene Handschrift zu haben. Neben dem Inhaltlichen finde sie es wichtig, Visionen, Ziele und Ideen zu haben. Damit die Mitarbeitenden ebenfalls Ideen entwickeln könnten, müsse man entsprechende Arbeitsbedingungen schaffen. Entscheidend seien außerdem Lust an Optimierung und an

Veränderung, das gehöre bei einem Zeitgeistmedium zu dem Job dazu. Wichtig finde sie auch – und das sei etwas, wobei sich Radio Bremen immer hervorgetan habe – Talente zu finden und sie dann zu unterstützen, denn auch darüber könne man sich von anderen unterscheiden. Außerdem stehe sie für Klarheit, Austausch und Transparenz.

Was ihre Arbeit als zukünftige Chefredakteurin angehe, könne sie nur eine vorsichtige Aussage treffen, da sie sich zunächst ein Bild vor Ort machen und mit den Kolleginnen und Kollegen sprechen wolle. Es gehe in jedem Fall darum, Radio Bremen zusammen mit den Zuständigen in den Direktionen und vor allen Dingen auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter zukunftsfähig zu machen und dafür zu sorgen, dass Radio Bremen sich in der digitalen Welt behaupten könne.

Ein Baustein dessen sei der Aufbau eines Online-Regionalportals; das Projekt dazu laufe bereits. Es sei wichtig, die Menschen mit den Inhalten auch weiterhin über alle Wege zeitgemäß zu erreichen. Dafür benötige Radio Bremen eine klare, aktualitätsgetriebene, mobil abrufbare Homepage mit dem Fokus auf zentrale Inhalte und einer schlanken, klaren Navigation. Die Seiten sollten einen starken Live-Charakter haben, so dass es immer wieder den Impuls gebe, sich dort über Neuigkeiten zu informieren. Zusätzlich zu der Homepage sei ihr ein guter Auftritt in den sozialen Netzwerken wichtig. Denn eine Erkenntnis der Nutzerforschung sei, dass viele Menschen mittlerweile direkt über die Social Media oder Suchmaschinen zu den Inhalten gelangten, insofern müsse Radio Bremen hier präsent und auffindbar sein. Sie habe bereits einen vielversprechenden Einblick in die Arbeit der Projektgruppe erhalten und freue sich darauf, die Kolleginnen und Kollegen dann mit ihrem Wissen zu unterstützen.

Eine weitere bedeutende Frage sei auch, wie der Reporterpool und die Nachrichtenredaktion gestärkt werden könnten und wie Radio Bremen seinen Platz in der ARD weiter festige. Die Chefredaktion versorge die Radiowellen über den Desk und die Nachrichten mit zentralen Inhalten und sei somit ein wichtiger Kern von Radio Bremen. Sie werde prüfen, welche Bedürfnisse es bei den Radiowellen gebe, ob es an manchen Stellen noch Experten brauche, ob man noch mehr Themen setzen könne, ob genug Gesprächswert und ausreichend Denkanstöße geschaffen würden etc. Außerdem gebe es die zentrale Idee, die Crossmedialität weiter auszubauen. Die bereits vorhandenen Ansätze dazu wolle sie weiterentwickeln und dieses Vorhaben voranbringen. Radio Bremen sei eine kleine und wendige Anstalt, die gegenüber den größeren und schwerfälligeren Anstalten ein guter Vorreiter sein könne.

Womit Radio Bremen dann genau punkten könne, wolle sie zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen erarbeiten. Sie freue sich auf ihren Stellenantritt im Januar, auf die vorhandenen Ideen und Erfahrungen und werde selbst auch einiges mitbringen, so dass am Ende etwas Gutes dabei herauskommen werde. Konkretere Ziele werde sie dann später benennen können, aber hier halte sie es, wie mit anderen Sachen auch – erst recherchieren und dann senden.

**Frau Lemke-Schulte** bedankt sich bei Frau Schafarczyk für die Vorstellung. Sie weist auf die positive Presseberichterstattung zu der Gewinnung von Frau Schafarczyk als neue multimediale Chefredakteurin von Radio Bremen hin.

**Ein Rundfunkratsmitglied** gratuliert dem Intendanten, dem Direktorium und dem Haus dazu, eine so kompetente Frau als Chefredakteurin gewonnen zu haben. Das Mitglied fragt, ob das Regionalportal nach Ansicht von Frau Schafarczyk kuratierte Inhalte anbieten sollte.

**Frau Schafarczyk** erklärt, das könne sie aktuell noch schwer beantworten. Wichtig sei in jedem Fall, dass Homepages für die User einen sofort erkennbaren Mehrwert lieferten. Momentan würde erarbeitet werden, welche Inhalte genau auf der Seite erscheinen sollen. Sie könne sich kuratierte Inhalte vorstellen. Dies müsse aber die Projektgruppe erarbeiten.

**Die Vorsitzende** bedankt sich bei Frau Schafarczyk und wünscht ihr alles Gute für den Stellenantritt im Januar. Man freue sich bei Radio Bremen auf eine gute Zusammenarbeit.

### **TOP 3: Bericht der Vorsitzenden**

**Die Vorsitzende** berichtet, die Ministerpräsidentenkonferenz habe in ihrer letzten Sitzung am 16. Oktober 2014 die Beauftragung eines onlinebasierten Jugendangebots von ARD und ZDF beschlossen. Anders als ursprünglich vorgesehen werde es also keinen eigenen Fernsehkanal geben. Das Präsidium bedauere diese Entscheidung. Dennoch müsse diese Chance genutzt und nach vorne geschaut werden. Auch die Gremienvorsitzenden-Konferenz habe den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zur Kenntnis genommen.

Radio Bremen habe nun die Möglichkeit, sich mit seinen Erfahrungen aus der crossmedialen Arbeit und mit seinen innovativen Projekten – zum Beispiel aus der Digitalen Garage – an der inhaltlichen Weiterentwicklung des Jugendangebots zu beteiligen. Diese Chance wolle Radio Bremen auch nutzen, sowohl inhaltlich-konzeptionell als auch personell.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hätten beschlossen, dass es keinen Drei-Stufen-Test, keine Siebentageregelung und keine Beschränkung auf sendungsbezogene Inhalte geben solle. Die unmittelbare Beauftragung solle in einem Staatsvertrag erfolgen, dem die 16 Bundesländer zustimmen müssten. Die finanzielle Begrenzung der Jahresbudgets auf 45 Mio. € bleibe bestehen; die Federführung behalte der SWR.

Die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) habe sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten befasst. Herr Dr. Eicher habe die Entscheidung insgesamt positiv bewertet, die gesetzlichen Umsetzungsmöglichkeiten erläutert und als Chance für die Zukunft bezeichnet. Die GVK habe an die Verantwortlichen in der ARD appel-

liert, sich aktiv und geschlossen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Die GVK habe weiterhin ihre Unterstützung zugesagt.

Frau Lemke-Schulte berichtet weiter, der Drei-Stufen-Test-Ausschuss habe am 20. November 2014 zur nachlaufenden Telemedienkontrolle getagt. Dabei habe der Ausschuss zur Kenntnis genommen, dass im nächsten Jahr mit NEXT ein neues Angebot gestartet werden solle. Dazu werde im März 2015 ein Projekt aufgesetzt, die Konzeptentwicklung werde voraussichtlich bis Mitte 2015 dauern. Wenn das Programmskelett stehe, werde ein Vorprüfungsverfahren innerhalb des Senders eingeleitet, über dessen Ergebnis dann der Rundfunkrat unterrichtet werde. Es sei davon auszugehen, dass ein Dreistufentest durchgeführt werden müsse.

Ferner sei die Projektleiterin des Online-Relaunch, Isabelle Werner, im DST-Ausschuss zu Gast gewesen und habe das Konzept für das neue Regionalportal vorgestellt. Aktuell befinde man sich noch in der Konzeptionsphase; der neue Auftritt werde voraussichtlich Anfang 2016 online gehen.

Frau Lemke-Schulte berichtet weiter, GVK und Präsidium hätten sich mit der Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt in der ARD befasst. Es habe in der GVK eine kritische Diskussion mit unterschiedlichen Standpunkten und einem divergenten Meinungsbild gegeben. Die GVK habe sich jedoch bewusst entschieden, nicht die Rolle eines Schiedsrichters zwischen Programmbeirat und Programmverantwortlichen einzunehmen. Grundsätzlich hätten die Gremienvorsitzenden an die ARD appelliert, für die Berichterstattung in besonderen Kriegs- und Krisengebieten die notwendige personelle Unterstützung zu verstärken. Die Debatte um die Ukraine-Berichterstattung sollte allerdings nicht weiter öffentlich befeuert werden. Diese Ansicht vertrete auch das Präsidium.

Die Vorsitzende fragt, ob es Fragen oder Anmerkungen gibt. Das ist nicht der Fall. Sie schlägt vor, den Punkt „Jugendangebot“ aus dem Bericht des Intendanten vorzuziehen. Da es keine Einwände gibt, gibt sie das Wort an den Intendanten.

**Herr Metzger** berichtet über den Stand des ARD- und ZDF-internen Prozesses. Am 3. Dezember habe es ein Spitzengespräch zwischen dem ZDF-Intendanten, dem ARD-Vorsitzenden und dem SWR-Intendanten gegeben, in dem man sich auf das weitere Vorgehen verständigt habe. Es solle schnellstmöglich eine Geschäftsführung für das neue Jugendangebot berufen werden. Darunter solle eine kleine, zentrale Kopfstelle geschaffen werden mit dem Standort in Mainz, die dann die weiteren Projektarbeiten in den kommenden Monaten koordinieren und später auch die Leitung des Angebots haben werde.

Auf einer zweiten Ebene solle es ab Januar 2015 einen Lenkungsausschuss von ARD und ZDF als zentrale Steuerungseinheit des Projektes geben. Dieser Ausschuss werde nur für die Projektphase bestehen, längstens bis zum Start des Angebots. In diese Lenkungsgruppe würden vier ARD-Vertreter und zwei ZDF-Vertreter entsandt. Mit dem SWR als Federführer und dem ARD-

Vorsitz, derzeit also dem NDR, stünden bereits zwei ARD-Vertreter fest. Der SWR werde außerdem den Verwaltungsdirektor des Bayerischen Rundfunks, Herrn Frenzel, und den Programmdirektor von Radio Bremen, Herrn Weyrauch, vorschlagen, was ein schönes Signal für Radio Bremen sei.

Unterhalb der Lenkungsgruppe werde ab Januar 2015 eine neu zusammengesetzte Konzept AG ein Konzept für dieses crossmediale, onlinebasierte Angebot entwerfen. Diese AG werde wiederum mehrere Workshops mit onlineaffinen Macherinnen und Machern, also jungen Menschen aus der Zielgruppe organisieren, machen, die den Ideen-Rohstoff für das Konzept liefern sollen. Sowohl für die Konzept AG als auch für die Workshops habe Radio Bremen eine Reihe von jungen, kreativen Kolleginnen und Kollegen – aus der Digitalen Garage, der Next-Gruppe und dem Fernsehen – nominiert.

Der Finanzrahmen von insgesamt 45 Mio. € sei noch einmal von ARD und ZDF bestätigt worden – er werde aufrechterhalten, sofern er konzeptionell ausgeschöpft werde.

Über die Inhalte lasse sich nach aktuellem Stand noch nicht viel sagen. Manche Ideen aus dem ursprünglichen Konzept für ein crossmediales Jugendangebot würden möglicherweise Bestand haben, aber im Grunde sei alles, über das man jetzt rede, vorläufig. Er wünsche sich, dass das „große“, junge Angebot von ARD und ZDF und das „kleine“, regionale Angebot Bremen Next in gewisser Weise kommunizierende Röhren würden. Dass Radio Bremen in seinem Angebot Dinge benutze, die auf nationaler Ebene eine Rolle spielten und attraktiv seien, dass man aber auch in der Lage sei, in Bremen Dinge herzustellen für die regionale Zielgruppe, die auch für junge Menschen in anderen Teilen Deutschlands interessant seien. Die Ambitionen hätten natürlich auch andere Landesrundfunkanstalten und es bleibe abzuwarten, welche Mischung am Ende zustande komme. Er begrüße sehr, dass der gute Ruf Radio Bremens bzw. seines Programmdirektors dazu geführt habe, dass er für den Lenkungsausschuss vorgeschlagen werde. Auf diese Weise könne Radio Bremen noch besser im Rahmen seiner Möglichkeiten mitwirken und bisher verlaufe das aus seiner Sicht ausgesprochen gut.

**Frau Lemke-Schulte** bedankt sich bei Herrn Metzger für die ergänzenden Informationen.

Auf die Frage **eines Rundfunkratsmitglieds**, wie der Anteil der ARD an den 45 Mio. € aufgebracht werde, erläutert **der Intendant**, in den Anteil der ARD i.H.v. 30 Mio. € hätten eigentlich die Mittel von Einsfestival einfließen sollen. Nachdem die Ministerpräsidentenkonferenz nun aber beschlossen habe, dass Einsfestival als gemeinschaftliches Programm weiterbetrieben werden solle, stehe dieses Geld nicht mehr zur Verfügung. Die ARD habe sich darauf verständigt, dennoch die 30 Mio. € anzustreben, aber es bleibe noch zu klären, wie die entstandene Lücke gefüllt werden könne. Bevor über die konkrete Aufbringung des Geldes verhandelt werde, warte man aber zunächst das Konzept für das Online-Jugendangebot ab und ob auch tatsächlich ein Finanzrahmen von 45 Mio. € benötigt werde. Herr Boudgoust sei aber optimis-

tisch, dass die tatsächlich noch bestehende Lücke aus der Gemeinschaft heraus gefüllt werden könne.

#### **TOP 5: Bericht des Intendanten**

Vorlage 21/2014

**Herr Metzger** hebt aus seinem schriftlichen Bericht den am 19. November gefassten, einstimmigen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zu dem 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag hervor, der nicht nur die Senkung des Rundfunkbeitrags zum 1. April 2015, sondern auch die Neuregelung des ARD-Finanzausgleichs ab 2017 enthalte. Es sei außergewöhnlich gewesen, dass sich sowohl die medienpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen als auch der Bürgermeister selbst geäußert hätten. Herr Böhrnsen habe gesagt, es sei für bremische Dimensionen historisch, dass für Radio Bremen eine Zukunftssicherung erreicht worden sei. Es habe von allen Seiten Lob und Bestätigung für den Bremer Sender gegeben – auch für die neuen Projekte, das Online-Regionalportal und Next, und dass dies ein weiterer Schritt sei, um den Sender nach der Existenzsicherung inhaltlich und programmlich weiterzuentwickeln. Damit habe sich ein Kreis geschlossen, an dem auch der Rundfunkrat in den letzten Jahren intensiv mitgearbeitet habe.

Der Intendant informiert ferner über folgende Aktualitäten:

- Die Grammy-Nominierung der Radio Bremen-Tonmeisterin Renate Wolter-Seevers in der Kategorie „Best Opera Recording“ mit der Aufnahme der Barockoper „Orpheus in der Unterwelt“ mit dem Ensemble des Boston Early Music Festivals im Sendesaal. Dies sei bereits die vierte Nominierung von Frau Wolter-Seevers.
- Den Sendetermin der Radio Bremen-Produktion „Musikhelden - Westernhagen und SIDO“: Freitag, 13. Dezember, 1:40 im RB-TV und NDR/RB.

**Die Vorsitzende** bedankt sich bei dem Intendanten und stellt fest, in dem Bericht seien viele positive Punkte enthalten, wie die positive Entwicklung von buten un binnen, aber auch die Weiterentwicklung des Programms mit „Unter Gaunern“ und „Unter deutschen Dächern“. Besonders erfreut sei sie über das Lob des Bürgermeisters und in der Bremischen Bürgerschaft.

Auch aus dem Fernsehausschuss gibt es Lob zu den Produktionen „Unter Gaunern“, „Unter deutschen Dächern“ und „Musikhelden“. In der letzten Fernsehausschuss-Sitzung seien vielversprechende Zusammenschnitte gezeigt worden.

**Der Intendant** beantwortet Nachfragen aus dem Rundfunkrat zu folgenden Punkten:

### ARD-Themenwoche „Toleranz“ / kontroverse Diskussion der Werbung

Die offizielle Auswertung des Bayerischen Rundfunks liege noch nicht vor. Die Debatte um die Plakataktion habe die Themenwoche aber in der Tat etwas überschattet. Qualität, Ideen und Tonalität der Kampagne seien auch in der ARD kontrovers diskutiert worden und man habe sich darauf geeinigt, dass solche Kampagnen zukünftig von mehr Personen begutachtet würden, bevor man mit ihnen an die Öffentlichkeit gehe. Seine persönliche Meinung sei, dass sich vor allem diejenigen beschwert hätten, die bereits wüssten, wie Toleranz funktioniere und es daher als falsches Signal empfunden hätten, dass man zum Beispiel bei Zuwanderung sowohl einen positiven als auch einen negativen Kontext zugelassen habe. Nun richte sich so eine Kampagne aber nicht an die wenigen Weisen, sondern an die vielen Menschen, die man mit dem Thema Toleranz habe befassen wollen. Die Kampagne habe angeknüpft an Vorurteilsstrukturen, die ohne Zweifel zu verschiedenen Themen vorhanden seien. Insofern sei das Ganze nicht von vornherein so abwegig gewesen, wie es von manchen hingestellt worden sei. Die Meinung der einzelnen ARD-Vertreter habe jedoch am Ende keine Rolle mehr gespielt, da die Kampagne schon gelaufen gewesen sei. Der Bayerische Rundfunk stehe aber zu der Kampagne, die nach allen Regeln der Kunst zusammen mit einer PR-Agentur entwickelt worden sei und die auch alles in allem funktioniert habe. In jedem Fall habe sie der Themenwoche viel Aufmerksamkeit beschert, das könne man einfach nur zur Kenntnis nehmen.

### Strategische Positionierung zu DAB+ / Abschalttermin für UKW

Die KEF erwarte für die Anmeldung zum 20. Bericht eine Positionierung von ARD und Deutschlandradio hinsichtlich der Zukunft von DAB+ und Aussagen zu einem möglichen Abschaltdatum für UKW. Was die Benennung des Abschalttermins angehe, gebe es allerdings keinen Konsens. Man sei sich nur einig, dass der Parallelbetrieb von weiterem UKW- und neuem Digitalradio so kurz wie möglich sein sollte. Die ARD habe nun Kriterien für ein Umstiegs-Szenario von UKW auf DAB+ benannt: ein gewisses Maß an Marktdurchdringung der Technik, an Verbreitung von Geräten und an Abdeckung mit allen wichtigen Programmen. Wenn diese Kriterien erfüllt seien, könne die Politik nach ARD-Position einen Abschalttermin festsetzen; aber da sei man noch nicht.

### UKW-Frequenz für Bremen Next

Bremen Next sei gestartet als Webchannel, also im Grunde als Musikschleife. Diese Musikschleife habe Radio Bremen dann mit einem geringen Budget aufs Digitalradio gebracht. Wie auch schon von der Rundfunkratsvorsitzenden in ihrem Bericht erwähnt, solle mit Next im nächsten Jahr ein neues Angebot gestartet werden. Dazu werde im März 2015 ein Projekt aufgesetzt. Es werde angestrebt, für das neue, crossmediale Angebot Bremen Next zusätzlich zu der Verbreitung über Digitalradio eine UKW-Frequenz zu bekommen. Ob dies gelinge, stehe jedoch noch nicht fest.

Auf Nachfrage **aus dem Rundfunkrat**, woher die Frequenz kommen solle, erklärt **Herr Metzger**, dass der NDR seit vielen Jahren für NDR Info zwei Frequenzen in den Stadtgebieten von Bremen und Bremerhaven nutze, die eigentlich Radio Bremen zugeordnet worden seien. Der entsprechende Vertrag habe eine Kündigungsfrist von fünf Jahren, insofern habe er Verhandlungen mit dem NDR aufgenommen, die Frequenzen schon früher an Radio Bremen zurückzugeben.

#### Prüfung der Beteiligungsunternehmen durch den Rechnungshof

Wie in der Sitzung des Rundfunkrats am 27. März 2014 berichtet, habe der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen eine Prüfung der Radio Bremen-Töchter Radio Bremen Media GmbH und Bremedia Produktion GmbH durchgeführt. Vermutlich im ersten Quartal 2015 werde der Rechnungshof den abschließenden Bericht zustellen und auch den Rundfunkrat unterrichten. Insgesamt enthalte der Bericht aber keine gravierenden Feststellungen.

**Der Programmleiter** beantwortet Fragen zu folgenden Punkten:

#### Tatort-App

Vor drei Jahren habe die Digitale Garage ein Konzept für eine Tatort-App entworfen und der ARD-Kommission, die den Tatort zentral steuere, vorgeschlagen. Die Weiterentwicklung sei dann zentral erfolgt; es sei klar gewesen, dass der Auftrag dafür nicht an Radio Bremen gehen könne. Die eine oder andere Idee der Digitalen Garage werde aber in die Anwendung eingeflossen sein. Es sei vor allem wichtig und erfreulich, dass ein so erfolgreiches Programm wie der Tatort in 2015 nun eine entsprechend gut ausgestattete App bekomme.

#### Verzicht auf Korrespondentenstelle im ARD-Hauptstadtstudio

Radio Bremen habe im ARD-Hauptstadtstudio in Berlin zwei Korrespondentenstellen – eine für den Hörfunk und eine fürs Fernsehen. Schon vor zwei oder drei Jahren sei die Entscheidung getroffen worden, die Stelle des Fernsehkorrespondenten ab dem 1. Januar 2015 für drei Jahre einer anderen Landesrundfunkanstalt zur Verfügung zu stellen, um die dadurch frei werdenden Mittel zur Stärkung der regionalen Information, der Reporterinnen und Reporter bei Radio Bremen vor Ort einzusetzen. Die Fernsehkorrespondenten seien sehr in die Arbeit des Hauptstudios eingebunden und von dem Hörfunkkorrespondenten habe man stets mehr Geschichten aus Berlin für Bremen erhalten. Die Stelle des Hörfunkkorrespondenten werde von Radio Bremen auch weiterhin besetzt. Das Anrecht auf die Stelle des Fernsehkorrespondenten bleibe für Radio Bremen erhalten – die Stelle werde nur für drei Jahre dem NDR zur Verfügung gestellt, der in dieser Zeit auch die Kosten trage. Perspektivisch wolle Radio Bremen aber wieder einen Fernsehkorrespondenten in das Hauptstadtstudio schicken.

**Herr Kahrs** aus dem Redakteursausschuss fragt, ob es gesichert sei, dass Radio Bremen die Stelle nach drei Jahren zurückbekomme und ob die Hausleitung nicht eine Schwächung des Einflusses von Radio Bremen innerhalb des ARD-Hauptstadtstudios befürchte. Der Redakteursausschuss habe in einer hausinternen Mitteilung die Entscheidung der Intendanz und der Programmdirektion aus programmlichen Gründen kritisiert und bedauert, dass es in Berlin keine eigene Ansprechstation mehr für das aktuelle Regionalfernsehen gebe. Dies sei eine Möglichkeit gewesen, die gerade buten un binnen oftmals genutzt habe. Der Redakteursausschuss sei hier einer Meinung gewesen – und zwar nicht mehrheitlich, sondern einstimmig.

**Herr Weyrauch** antwortet, es sei vertraglich festgehalten, dass die Stelle für drei Jahre vom NDR besetzt werde und danach automatisch an Radio Bremen zurückfalle. An Einfluss werde Radio Bremen mit dieser Zwischenlösung sicherlich nicht verlieren, da die Einflussmöglichkeiten vielfältig seien. Radio Bremen habe seiner Einschätzung nach in letzter Zeit in der ARD an Einfluss und an Renommee gewonnen, so dass der zeitweilige Verzicht auf die Korrespondentenstelle dem Sender nicht schaden werde. Es handle sich letztendlich um eine Prioritätenentscheidung, die aber natürlich auch anders bewertet werden könne.

Auf die Frage **aus dem Rundfunkrat**, ob es dann keine Zulieferung mehr für den Fernsehbereich bei Radio Bremen geben werde oder ob diese eingekauft werden müssten, antwortet **Herr Weyrauch**, die Zulieferungen aus dem Hauptstadtstudio für das Regionalprogramm seien relativ gering gewesen und man könne sie auch ohne eigenen Fernsehkorrespondenten erhalten. Radio Bremen habe weiterhin einen Hörfunk-Korrespondenten vor Ort, der Verbindungen herstellen und Interviewpartner beschaffen könne; aber auch bei allen übrigen Hauptstadtstudio-Mitarbeitenden könne man das anfordern.

**Herr Kahrs** betont noch einmal, die buten un binnen-Redaktion habe sehr von der Besetzung der Fernseh-Korrespondentenstelle durch einen Radio Bremen-Kollegen profitiert.

**Frau Lemke-Schulte** bemerkt, Herr Weyrauch habe bereits festgestellt, dass man hier unterschiedlicher Ansicht sein könne. In drei Jahren, wenn der Vertrag mit dem NDR auslaufe, werde man weitersehen. Soweit erscheine ihr das Vorgetragene aber als gute Lösung.

## **TOP 6: Berichte aus den Ausschüssen**

**Frau Hamm** berichtet, der Finanz- und Organisationsausschuss habe sich in seiner letzten Sitzung am 9. Dezember unter dem Punkt „Aktuelles“ mit der Zustimmung der Bremischen Bürgerschaft zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag sowie mit dem Jungen Angebot von ARD und ZDF beschäftigt. Als weitere Tagesordnungspunkte seien der Wirtschaftsplan 2015, die mittelfristige Finanzplanung, der Entwicklungsbericht 2015 und die Aufhebung der Kooperationsvereinbarung Nordwestradio diskutiert worden. Sie werde zu den jeweili-

gen Tagesordnungspunkten über die Beratungen und Beschlüsse des Finanz- und Organisationsausschusses informieren.

**Frau Harttung** berichtet, der Fernsehausschuss habe sich in seiner letzten Sitzung am 26. November schwerpunktmäßig mit der Doku-Reihe „Unter deutschen Dächern“ befasst. Der Ausschuss habe die vier in der Pipeline befindlichen Folgen als gelungene Neuinterpretation der Traditionsreihe bewertet. Weiterhin habe sich der Ausschuss mit der Dokumentation „Musikhelden – Westernhagen und SIDO“ und der Vorabendserie „Unter Gauner“ befasst. Wie es schon unter dem Bericht des Intendanten angeklungen sei, handle es sich um vielversprechende Produktionen; der Ausschuss sei beeindruckt gewesen.

Ferner habe der Fernsehausschuss die Verleihung des Bremer Fernsehpreises ausgewertet und sich dabei vor allem mit der Moderation von Herrn Plasberg auseinandergesetzt, die durchaus diskussionswürdig gewesen sei. Auch das Jugendangebot von ARD und ZDF sowie der Konzeptwechsel bei 3nach9 seien besprochen worden und es habe eine spontane Diskussion zu der Berichterstattung zum Thema „Flüchtlinge“ gegeben. Da es sich um ein hochaktuelles und vieldiskutiertes Thema handle, werde man diesen Punkt möglicherweise noch einmal ausführlicher und mit entsprechender Vorbereitung in einer der nächsten Sitzungen aufrufen.

**Herr Dembski** berichtet, das Thema „Flüchtlinge“ habe ebenfalls im Hörfunkausschuss am 13. November außerplanmäßig eine große Rolle gespielt, weil intensiv über die Nordwestradio unterwegs-Sendung aus Bremen Borgfeld vom 15. Oktober und vor allem die Zusammensetzung des Podiums diskutiert worden sei. Schwerpunktthema sei eigentlich gewesen, eine erste Zwischenbilanz zum neuen Nordwestradio nach dem Relaunch zu ziehen. Es sei die komplette Programmleitung als Team zu Gast gewesen und der Ausschuss habe sehr intensiv und vielfältig dazu diskutiert. Insgesamt habe es ein sehr positives, wertschätzendes Echo dazu gegeben. Dass das Programm an Relevanz gewonnen habe, zeige sich eigentlich genau in dieser Diskussion, die es zu der genannten Nordwestradio unterwegs-Sendung gegeben habe. Es sei dem Ausschuss ausführlich dargestellt worden, warum es zu dieser Zusammensetzung des Podiums gekommen sei. Inhaltlich sei man nicht unbedingt auf einen Konsens gekommen, aber der Ausschuss habe sich schließlich auf folgendes Beratungsergebnis geeinigt:

„Der Hörfunkausschuss hat die Entscheidung, die AfD zu der Nordwestradio unterwegs-Sendung am 15. Oktober zur Bremer Flüchtlingspolitik einzuladen, kontrovers diskutiert. Die Freiheit zu dieser redaktionellen Entscheidung, die in unterschiedlicher Weise bewertet werden kann, wird betont. Der Hörfunkausschuss geht davon aus, dass es auch künftig weiterhin Aufnahmen dieses Themas in den vielen unterschiedlichen Facetten und auch weiterhin nicht nur Gespräche/Berichte über Flüchtlinge, sondern auch mit Flüchtlingen geben wird.“

Es müsse immer von so einem isolierten Fall abstrahiert werden. Dies sei ein Beitrag gewesen; die Berichterstattung Radio Bremens zu diesem Thema sei aber weitaus umfänglicher. Insofern handle es sich um eine gute Anregung, das Thema Flüchtlingsberichterstattung noch einmal im Fernsehausschuss zu diskutieren. Gegebenenfalls sollte sich auch der Hörfunkausschuss im weiteren Verlauf des Jahres des Themas noch einmal annehmen.

Der Hörfunkausschuss habe ferner auf die Zahlen der Media-Analyse 2014 Radio II zurückgeblickt, bei denen ein kleiner, positiver Peak beim Nordwestradio zu vermerken gewesen sei. Dieser sei allerdings mit Vorsicht zu genießen, da die Hälfte der Zahlen noch aus der letzten Befragungswelle vor dem Relaunch stamme. Der Hörfunkausschuss wünsche dem Programm, dass es weiterhin diese positive Entwicklung nehme und werde das auch entsprechend begleiten. Die nächste Sitzung werde gemeinsam mit dem Zukunftsausschuss zu dem Schwerpunktthema Bremen Next stattfinden.

**Frau Düring** berichtet, der Zukunftsausschuss habe zuletzt am 1. Oktober getagt und sich mit dem Online-Relaunch beschäftigt. Seinerzeit habe sich die Projektgruppe erst in der dritten Woche der Konzeptphase befunden. Das sei auch insofern interessant gewesen, als dass die Ausschussmitglieder den vorgestellten Stand aus Nutzerperspektive diskutiert und Anregungen für die Gestaltung des Angebots geliefert hätten. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, dauere das Projekt noch an, das neue Regionalportal werde voraussichtlich Anfang 2016 online gehen. Der Zukunftsausschuss habe sich in 2014 vor allem mit crossmedialen Themen befasst und stets hochkompetente und engagierte Gäste gehabt und bereichernde Präsentationen erlebt. Dafür bedanke sie sich bei allen Beteiligten.

#### **TOP 7: Bericht vom Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat**

**Frau Schreiner** berichtet, der Programmbeirat von Arte Deutschland habe zuletzt am 8. Oktober getagt. Die Geschäftsführung habe berichtet, dass es nur kleinere Anpassungen im Programmschema für 2015 geben werde, da das aktuelle Programm erfolgreich sei und sehr gut funktioniere.

Die Vorsitzende des Arte-Programmbeirats informiert über geplante Programmschwerpunkte (2017: „500 Jahre Reformation“, „100 Jahre Revolution“) und aktuelle Programmhöhepunkt (zehnteilige Reihe „Polar Sea 360 Grad – Per Anhalter durch die Arktis“ mit Sendestart am 29. November und einer interaktiven 360-Grad-Videodokumentation im Web mit innovativer Kameratechnik; deutsch-französische Tandemprojekte: Sendestart des ersten Tandemprojekts zum Thema „Atomkraft“ am 8./9. Januar 2015).

Der Programmbeirat habe sich wiederholt die Frage nach den Auswirkungen des BBC-Jugendkanals und des geplanten Jugendangebots von ARD und ZDF auf die Akzeptanz von Arte gestellt. Nach Ansicht der Geschäftsführung sei Arte jedoch in seiner inhaltlichen Ausrichtung inklusive der Internetangebote bereits zu einem „Jugendkanal“ geworden, ohne als solcher gelabelt zu sein. Nach dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 16. Oktober

werde der Programmbeirat das Thema sicherlich in seiner nächsten Sitzung erneut aufgreifen.

Programmebeobachtungsschwerpunkt der Sitzung sei die jährliche Spezialprogrammierung im Sommer unter dem Label „Summer of“ – ein sommerlich leichtes, popkulturelles Programm mit einer Mischung aus Spielfilmen, Dokumentationen und Konzerten – gewesen. In diesem Sommer hätten die 90er Jahre im Fokus gestanden. Der Schwerpunkt habe acht Spielfilme und 27 neue Dokumentationen umfasst und sei von H.P. Baxxter (Scooter) moderiert worden. Zusätzlich habe es ein Online-Quiz gegeben. Es sei der erfolgreichste Sommer aller acht bisher gesendeten „Summer ofs“ gewesen und das Publikum in Deutschland sei von 58 auf 50 Jahre entscheidend verjüngt worden. Die Bewerbung sei crossmedial erfolgt – massiv auch im Online-Bereich – und habe zu dieser guten Zuschauerresonanz beigetragen, vor allen Dingen auch bei der Zielgruppe der jungen Erwachsenen (25 bis 49 Jahre). Der Programmbeirat habe die Beiträge „Soundtracks der 90er“, „Welcome to the 90's in Concert“ und „Party auf dem Todesstreifen“ beobachtet. Der Schwerpunkt sei von dem Programmbeirat insgesamt gelobt worden, während der drittgenannte Beitrag, eine Dokumentation vom Rundfunk Berlin-Brandenburg, als besonders herausragend empfunden worden sei.

Wie schon in der letzten Rundfunkratssitzung angekündigt, sei sie zudem in ihrer Funktion als Beiratsvorsitzende am 15. Oktober bei der Gesellschafterversammlung in Straßburg gewesen und habe dort aus dem Programmbeirat berichtet. In der nächsten Sitzung am 17. Dezember in München werde unter anderem der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Herr Wilhelm, für eine dreißigminütige Aussprache zur Verfügung stehen. Als Programmebeobachtung habe der Beirat „Metropolis“ und „Yourope“ sowie „Abgedreht“ und „VOX POP“ als Vergleich zum französischen Pendant. Sicherlich werde auch „Culture Touch“, das neue wöchentliche Kulturmagazin für Tablets, Thema sein.

**Frau Ella-Mittrenga** berichtet, der ARD-Programmbeirat habe zwei Mal seit der letzten Rundfunkratssitzung getagt. An der Oktobersitzung in Mainz seien sowohl sie als auch ihre Stellvertreterin, Frau Dr. Höhns, verhindert gewesen. Insofern könne sie nur von der Novembersitzung in Frankfurt berichten.

Der Beirat tage mehrfach im Jahr gemeinsam mit der Fernsehprogrammkonferenz und berichte über die Beobachtungen der letzten Sitzung. Dies sei auch im November wieder der Fall gewesen und der Beirat habe vor allem über die Besprechung der Degeto-Produktionen berichtet, die in der Oktobersitzung vorgenommen worden sei. Der Programmbeirat sei von der neuen Qualität der Degeto-Filme angetan gewesen. Sowohl die Freitags- als auch die Mittwochsfilme seien insgesamt sehr gelobt worden. Insgesamt habe der Programmbeirat festgestellt, dass sich seit der Übernahme der Geschäftsführung Inhalte durch Christine Strobl bei der Degeto Film GmbH einiges getan habe.

Der Beirat tage das nächste Mal am 16./17. Dezember in Halle und werde sich dann vor allem mit der ARD-Themenwoche beschäftigen. In dem Rah-

men werde es auch eine Bewertung der Werbekampagne geben, über die sie dann in der nächsten Rundfunkratssitzung berichten werde.

**TOP 8:           Wirtschaftsplan 2015**

Vorlage 22/2014

**Frau Lemke-Schulte** weist auf die an den Rundfunkrat neben dem Wirtschaftsplan und der Vorlage verschickte Beschlussempfehlung des Verwaltungsrats, die Stellungnahme des Personalrats zum Stellenplan 2015 und die Bitte des Personalrats an den Rundfunkrat zur Personalplanung hin.

**Herr Metzger** führt ein, die Jahre 2015 und 2016 seien die beiden letzten Jahre des Übergangs, bevor es ab 2017 einen geänderten gesetzlichen Finanzausgleich gebe. Im Vorgriff auf die Erhöhung des gesetzlichen Finanzausgleichs werde Radio Bremen schon ab dem kommenden Jahr 10 Mio. € pro Jahr mehr zur Verfügung haben. Dank der Liquiditätsdarlehen der ARD habe Radio Bremen seine Ausgaben aber bereits in den Jahren 2013 und 2014 um 4,5 Mio. € anheben können, so dass der zusätzliche Spielraum ab 2015 letztlich noch 5,5 Mio. € betrage.

Bei der Verwendung dieser Mittel sei eine Balance zu finden zwischen dem Erhalt der programmlichen Substanz auf der einen und innovativen Akzenten auf der anderen Seite. Der Bestand sei normalen Preissteigerungen ausgesetzt, zudem sei an folgenden Stellen eine Stärkung geplant: der Reporterinnen und Reportern und der Chefredaktion, von Bremen Eins, Bremen Vier und buten un binnen, der Zulieferungen für das Dritte Fernsehprogramm, der Digitale Garage und der Fernsehunterhaltung. Schließlich sei auch Geld vorgesehen für die Berichterstattung über mehrere Großereignisse: die Bürgerschaftswahl, die Sail in Bremerhaven und den 50. Jahrestag des Beat Clubs.

Mit dieser Programmverstärkung sei Radio Bremen – dank der Solidarität der ARD – im Vergleich zu den anderen Landesrundfunkanstalten in einer relativ einmaligen Situation und könne nach dem Abwärtstrend der letzten Jahre zum ersten Mal seine Ausgaben leicht ausweiten, während der Großteil der anderen Landesrundfunkanstalten mit gedeckelten Einnahmen und zugleich steigenden Kosten zu kämpfen habe.

Besonders erfreulich sei, dass Radio Bremen nicht nur seine bestehenden Programme moderat stärken könne, sondern dass mit dem Relaunch des Online-Angebots und der Neuauflage von Bremen Next als junges, crossmediales Angebot für das Land Bremen neue innovative Akzente gesetzt werden könnten.

Wie das Jahr 2016 im Detail verlaufen werde, sei jetzt noch nicht bekannt, aber es werde ein ähnliches Bild sein, wie das eben für 2015 geschilderte. Ab 2017 gelte dann der gesetzliche Finanzausgleich auf Basis der 1,6 Prozent des Beitragsaufkommens. Die finanzielle Grundlage hänge ab 2017 von dessen Höhe ab, verbunden mit der Frage, was die KEF dem öffentlich-

rechtlichen Rundfunk an Ausgaben, durch Beitragseinnahmen gedeckt, gestatte.

**Herr Schrader** ergänzt folgende weitere Highlights: Der Finanzplan sei mit 154T€ ausgeglichen. Es seien für 2015 Investitionen i.H.v. 3,8 Mio. € geplant, da der Neubau inzwischen sieben Jahre her sei, so dass man sich bezüglich der rundfunkspezifischen Technik mitten im Reinvestitionszyklus befinde. Eine weitere Besonderheit seien die Zuschätzungen bei den Einnahmen aus dem Verkauf der Werbesendezeiten. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2014 werde im Wirtschaftsplan 2015 hier mit 647 T€ Mehreinnahmen gerechnet. Das liege auch an einer Änderung des Planungsverfahrens: Bisher habe man in der Planung immer etwas unter den tatsächlichen Ist-Ergebnissen gelegen. Dieses Mal habe man sich hingegen für eine stärkere Orientierung an den Ist-Ergebnissen 2014 entschieden.

Die Zinserträge aus der Bewirtschaftung des Deckungsstockvermögens habe man absenken müssen. In 2014 seien sie noch mit rund 2 Mio. € veranschlagt gewesen. Aufgrund der Kapitalmarktlage habe man im Wirtschaftsplan 2015 nur noch 1,5 Mio. € unterstellt.

**Die Vorsitzende des Finanz- und Organisationsausschusses** weist ergänzend auf den Jahresfehlbetrag in der Ertrags- und Aufwandsrechnung i.H.v. 4.619T€ hin und erklärt, er entstehe dadurch, dass die in 2015 und 2016 durch die ARD erfolgende Liquiditätszufuhr i.H.v. jeweils 4,9 Mio. € als Darlehen zufließe. Daher würden diese Mittel nicht in der Ertrags- und Aufwandsrechnung dargestellt, sondern nur im Finanzplan, der auch mit einem positiven Ergebnis ende. Insofern gebe es keinen Anlass zur Beunruhigung.

Dies sei ein Aspekt des Wirtschaftsplans 2015, den der Finanz- und Organisationsausschuss ausführlich diskutiert habe. Weiterhin habe er sich insbesondere auch mit den geplanten Investitionen und dem Thema Altersvorsorge im Bereich der Personalaufwendungen beschäftigt. Sie schlage vor, diesen Themenaspekt unter TOP 9 noch einmal aufzugreifen. Außerdem seien auch einige Detailfragen zu dem Fernseh-Leistungsplan geklärt worden. Der Finanz- und Organisationsausschuss habe den Wirtschaftsplan 2015 intensiv durchgearbeitet und sei einstimmig zu der Empfehlung an den Rundfunkrat gekommen, dem in der Vorlage genannten Beschlussvorschlag zuzustimmen.

**Die Vorsitzende** bedankt sich für die Einleitung und gibt das Wort an die Personalratsvorsitzende Gaby Schuylenburg zur Erläuterung der Stellungnahme zum Stellenplan und der Bitte des Personalrats an den Rundfunkrat.

**Frau Schuylenburg** erklärt, der Personalrat habe auch in diesem Jahr dem Verwaltungsrat, dem Finanz- und Organisationsausschuss und dem Rundfunkrat eine Stellungnahme vorgelegt, um die Gremienmitglieder über seine Sorge zu der Stellenentwicklung bei Radio Bremen in Kenntnis zu setzen. Nach wie vor nehme die Zahl der Festangestellten und der zugrundeliegenden Stellen ab, während die Zahl der freien Mitarbeitenden dem gegenüber zunehme. Den freien Mitarbeitenden gehe es bei Radio Bremen nicht

schlecht, aber es gehe ihnen schlechter, da sich die Perspektive der Freien auf mehrere Jahre beziehe, während Festangestellte in der Regel unbefristete Verträge hätten. Das Geschäft der Freien bringe es mit sich, dass sie in mehreren Redaktionen tätig seien, was dann zu mangelnder Kontinuität und Abspracheproblemen in den Redaktionen führen könne. Auch sei es so kaum noch möglich, dass in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themengebieten Köpfe identifiziert werden könnten, wie es schlichtweg nicht möglich sei, dass sich Freie auf ein Themengebiet konzentrierten und dort auskömmlich verdienten. Wenn man da zu einer Lösung kommen würde, wäre das durchaus auch im Sinne des Personalrats.

Hinzu komme, dass festangestellte Redakteurinnen und Redakteure in einigen Bereichen Seltenheitswert hätten. Dazu gehörten die Nachrichten und das Funkhaus Europa. In den Zeiten der finanziellen Unsicherheit Radio Bremens sei es nachvollziehbar gewesen, dass Stellen nicht besetzt, sondern mit freien Mitarbeitenden bewirtschaftet worden seien. Jetzt aber, da Planungssicherheit gegeben sei für Radio Bremen, sei der Personalrat der Meinung, dass wieder mehr Wert auf Festanstellung und die Besetzung der vorhandenen festen Stellen gelegt werden sollte. Dieses sei nicht nur die Frage eines Wirtschafts- und eines Stellenplans, sondern auch einer mittelfristigen Planung des Personals und deshalb habe der Personalrat die Gremien um Unterstützung gebeten.

Frau Schuylenburg erklärt, es sei umso erfreulicher, dass der Intendant Gespräche mit dem Personalrat zur Gestaltung einer mittelfristigen Personalplanung zugesagt habe. Der Personalrat habe ebenfalls mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Gremien sich für dieses Thema nicht nur interessierten, sondern dass sie das mit Wohlwollen täten, indem sie nämlich regelmäßig nachfragten und auch zugesagt hätten, dass sie das künftig tun würden.

**Frau Lemke-Schulte** berichtet, die Stellungnahme und die Bitte des Personalrats seien im Finanz- und Organisationsausschuss beraten und es sei festgestellt worden, dass es sich hierbei um operatives Geschäft handle. Außerdem sei zur Kenntnis genommen worden, dass sich Intendanz und Personalrat zu der genannten Frage im Dialog befänden. Dass der Schwerpunkt auf die programmliche Weiterentwicklung gelegt werden sollte, sei unumstritten, insbesondere im Rundfunkrat. Ebenso, dass eine personelle Verstärkung, beispielsweise bei Bremen Next, stattzufinden habe. Der Verwaltungsrat habe dem Personalrat bereits zugesagt, dass eine mittelfristige Personalplanung sinnvoll sei.

**Ein Rundfunkratsmitglied** fragt, aus welchen Gründen der Personalrat die Belange der freien Mitarbeitenden nicht vertreten dürfe und ob sich das ändern ließe. Ansonsten werde der Personalrat bei ansteigender Zahl der freien Mitarbeitenden immer weniger Menschen vertreten und dadurch an Kraft verlieren, was auch für den Sender nicht gut wäre. Die freien Mitarbeitenden hätten i.d.R. Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu 80 Prozent des Vorjahresumfangs, was über mehrere Jahre in der Tat zu deutlichen Einkommenseinbußen führen könne.

**Frau Schuylenburg** erinnert daran, dass sich der Personalrat in rechtlicher Auseinandersetzung mit Radio Bremen befinde, was seine Zuständigkeit für die Angelegenheiten der freien Mitarbeitenden angehe. Es könne nicht sein, dass die freien Mitarbeitenden zwar den Personalrat wählen und sich selbst auch reinwählen lassen könnten, dann aber über ihre eigenen Belange nicht beschließen könnten. Zudem sei es natürlich nicht im Sinne des Personalrats, dass sich die Bereiche verkleinerten, die mitbestimmungstechnisch vertreten würden. Es gebe verschiedene gesetzlich festgelegte Bereiche, von der Dienstplangestaltung bis hin zu bestimmten Arbeitsschutzfragen, von denen Freie auf rechtlicher Basis ausdrücklich ausgenommen seien. Der Personalrat hoffe, hier auf dem Rechtsweg eine Klärung zu erreichen.

**Herr Metzger** unterstreicht die Aussage der Rundfunkratsvorsitzenden, dass die Frage der Stellenbesetzungen operatives Geschäft sei und damit nicht in die Gremien gehöre. Er erläutert dennoch die Position des Hauses und bestätigt, dass man vor der Neuregelung des Finanzausgleichs in Anbetracht der unsicheren finanziellen Situation Radio Bremens bei der Wiederbesetzung von Stellen auf der Bremse gestanden habe, um möglichst wenig langfristige Verpflichtungen einzugehen. Ab dem Wirtschaftsplan 2015 sei man von der Bremse gegangen, was aber nicht bedeute, dass man der Forderung des Personalrats nachkomme und automatisch alle Stellen wiederbesetze, die in den vergangenen Jahren nicht besetzt worden seien oder die in Zukunft frei würden. Es gebe weder ein Dogma für einen Stellenabbau, noch für einen Stellenaufbau, sondern man werde sich von Jahr zu Jahr die frei werdenden Stellen beurteilen, auch anhand von veränderten Aufgaben im Programm und in der Verwaltung, und dann entscheiden, was von der Sache her angemessen und richtig sei.

Deswegen habe die Geschäftsleitung dem Personalrat erstmalig im September das Angebot gemacht, darüber einen Dialog zu führen und dass beide Seiten für die Stellenplanung der kommenden Jahre eine positive Wunschliste erstellen. Seine Prognose sei, dass es bei diesen beiden Listen eine hohe Übereinstimmung geben werde. Bei einzelnen Positionen werde es sicherlich auch einen Dissens geben. Dann sei es aber im Zweifelsfall Angelegenheit der Geschäftsleitung, die auch die Verantwortung dafür trage, diese Entscheidung zu treffen. Er wehre sich gegen den Versuch, die Aufsichtsgremien in eine Art Stellung gegen das Direktorium zu bringen, damit sich dieses im operativen Geschäft auf eine bestimmte Weise verhalte, die in der Verantwortung der Geschäftsleitung liege.

**Frau Lemke-Schulte** bedankt sich für die Erläuterung der beiden Positionen. Es sei begrüßenswert, dass Geschäftsleitung und Personalrat einen Dialog zu der Stellenplanung führten.

**Der Verwaltungsratsvorsitzende** erklärt, eine mittelfristige Personalplanung sei sinnvoll, brauche bei solchen anstehenden Veränderungen (Bremen Next etc.) aber Zeit. Der Verwaltungsrat habe die Geschäftsleitung bereits im Frühjahr um eine mittelfristige Personalplanung gebeten und werde beobachten, ob es einen Trend gebe. Wenn es eine Tendenz gebe, prinzipiell feste

Stellen durch freie Mitarbeitende zu ersetzen, dann sei das eine Organisationsfrage, mit der sich der Verwaltungsrat beschäftigen werde. Man sei aber guter Dinge, dass Intendant und Personalvertretung die mittelfristige Personalplanung auf den Weg bringen würden und man auch im Einzelnen zu nachvollziehbaren Beobachtungen kommen werde.

**Ein Rundfunkratsmitglied** stellt fest, das Ziel sei natürlich die Gestaltung des bestmöglichen Programms, aber der Blick in die Zahlen zeige zugleich, dass es keine Alternative zu einer weiterhin sparsamen Wirtschaftsführung gebe. Radio Bremen erhalte in 2015 und 2016 Darlehen von der ARD i.H.v. jeweils 4,9 Mio. €. Es stelle sich die Frage, ob diese zurückgezahlt werden müssten bzw. mit welchen Mitteln.

Das Anliegen des Personalrats, dass mehr festangestelltes Personal benötigt werde, sei nachvollziehbar. Ihm sei aufgefallen, dass es auch beispielsweise für den Bereich der Justiz keine Kontinuität in der Bearbeitung gebe. Hier gebe es offenbar einen Zielkonflikt, denn die Einstellung von mehr festem Personal bzw. die Wiederbesetzung aller Stellen würde mehr Ausgaben bedeuten und sei mit der Finanzsituation nicht kompatibel. Insofern sei es zu begrüßen, dass es einen Austausch zwischen Intendantz und Personalrat zu diesem Zielkonflikt gebe und versucht werde, möglichst einvernehmliche Lösungen zu finden. Es sei klar, dass man nicht alle Wünsche werde erfüllen können, aber wenn immerhin in Einzelfällen einvernehmliche Lösungen herbeigeführt werden könnten, wäre das erfreulich.

**Der Rundfunkrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:**

1. **Der Rundfunkrat genehmigt gemäß § 8 Absatz 2 Ziffer 6 RBG den vom Intendanten vorgelegten und vom Verwaltungsrat geprüften Wirtschaftsplan 2015.**
2. **Der Wirtschaftsplan 2015 wird wie folgt festgestellt:**

**Ertrags- und Aufwandsplan**

<b>Erträge</b>	<b>T€ 95.875,1</b>
<b>Aufwendungen</b>	<b>T€ 100.495,0</b>
<b>Entnahme aus dem Finanzplan</b>	<b><u>T€ -4.619,8</u></b>
	<b>T€ 95.875,1</b>

**Finanzplan**

<b>Mittelaufbringung</b>	<b>T€ 13.709,0</b>
<b>Mittelverwendung</b>	<b><u>T€ 13.555,4</u></b>
<b>Ergebnis (Finanzierungsüberschuss)</b>	<b>T€ 153,7</b>

**3. Verwaltungsrat und Rundfunkrat nehmen zur Kenntnis, dass das Direktorium die Investitionsmittel von 745,5 T€ im Wirtschaftsplan 2015 intern sperren und erst nach Prüfung im Einzelfall freigeben wird.**

**Die Stellungnahme des Personalrats zum Stellenplan 2015 und die Bitte des Personalrats zur Personalplanung werden zur Kenntnis genommen. Der Rundfunkrat bittet darum, über das Ergebnis der Gespräche zwischen Intendanz und Personalrat zur mittelfristigen Personalplanung informiert zu werden.**

**TOP 9: Mittelfristige Finanzplanung**  
Vorlage 23/2014

**Die Vorsitzende** übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Vorsitzende, **Frau Ella-Mittrenga**.

**Herr Metzger** führt ein, die vorliegende mittelfristige Finanzplanung umfasse lediglich die Jahre 2013 bis 2016, da für die nächste Beitragsperiode, die Jahre 2017 bis 2020, noch zentrale Planungsgrößen fehlten. Die Höhe der Beitragseinnahmen sei noch unklar, da derzeit mit einem großen Volumen von Direktanmeldungen operiert werde, deren realer Ertrag aber noch ungewiss sei. Ferner sei noch ungeklärt, wie mit den Beitragsrücklagen aus den Mehreinnahmen verfahren werde. Zur Debatte stünden mehrere Verwendungsmöglichkeiten, aber das seien medienpolitische Entscheidungen, die erst in 2015 oder 2016 getroffen würden. Drittens stelle sich die Frage, welches Ergebnis die Anmeldung zum 20. KEF-Bericht haben werde. Dort kämen insbesondere die am Ende von TOP 8 genannten Darlehen i.H.v. jeweils 4,9 Mio. € für 2015 und 2016 zum Tragen. Es sei verabredet, dass Radio Bremen diese Darlehen anmelde und die KEF Radio Bremen diese Summen zweckgebunden zuweise, aber erfolgt sei dies eben noch nicht. Den größten Hebel stelle aber die Dotierung der Altersversorgung. Alle Landesrundfunkanstalten würden nach der Absenkung des Abzinsungsfaktors nach dem Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) in den kommenden Jahren erheblich höhere Zuführungen leisten müssen. Zur Schließung der bisherigen Deckungsstocklücke hätten die ARD-Anstalten mit der KEF die Vereinbarung getroffen, dass diese bis 2016 über den zweckgebundenen Erhalt von 25 Cent pro Beitrag geschlossen werde. Es gebe Gespräche darüber, dass die ARD diese 25 Cent ab dem Jahr 2017 zur Schließung der neuen Deckungsstocklücke nach BilMoG weiterhin erhalten solle. Aber auch hier stehe die Entscheidung noch nicht fest. Aufgrund dieser Variablen hätten aus einer mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2020 keine verlässlichen Informationen herausgezogen werden können.

**Frau Hamm** berichtet, der Finanz- und Organisationsausschuss habe sich intensiv mit den Zahlen zur Altersvorsorge beschäftigt. Die Zuführung zu den Altersversorgungsrückstellungen werde deutlich ansteigen. Auch in diesem Zusammenhang habe man sich mit der Frage von Stellenbesetzungen mit

festen oder freien Mitarbeitenden beschäftigt, weil hier der Aspekt der Altersvorsorge nicht außer Acht gelassen werden könne. Auch für freie Mitarbeitende gebe es eine Altersvorsorge, aber diese sei anders geregelt.

Herr Schrader habe dem Finanz- und Organisationsausschuss ausführlich die Auswirkungen des Abzinsungsfaktors auf die Altersversorgungsrückstellungen erläutert. Radio Bremen werde unter anderem aufgrund der hohen Aufwendungen bei den Altersversorgungsrückstellungen mittelfristig ein negatives Eigenkapital aufbauen. Die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sei allerdings liquiditätsorientiert und laut Radio Bremen-Gesetz dürfe bei ungedecktem Eigenkapital kein Insolvenzverfahren über die Rundfunkanstalt eröffnet werden. Radio Bremen sei nicht die einzige ARD-Anstalt, die ein negatives Eigenkapital zu erwarten habe, vielmehr handle es sich um ein gemeinschaftliches Problem. Insofern werde sich die ARD mit der KEF um eine Lösung bemühen. Frau Hamm bittet Herrn Schrader um ergänzende Erläuterung.

**Herr Schrader** bestätigt, Lösungen für diese Bereiche müssten eigentlich immer handelsrechtkonform sein, man befinde sich dort also in einem Spannungsfeld mit den Wirtschaftsprüfern und zum Teil auch mit der KEF. Wichtig sei, welche Zusage die KEF im 20. Bericht zu der Schließung der neuen Deckungsstocklücke nach BilMoG tätigen werde. Man werde sich um eine für alle Seiten tragfähige Lösung bemühen; aber das sei noch im Fluss.

**Der Rundfunkrat nimmt die mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2016 zur Kenntnis.**

**TOP 10:      Entwicklungsbericht 2015**  
Vorlage 24/2014

**Frau Hamm** berichtet, im Finanz- und Organisationsausschuss sei der Entwicklungsbericht wieder sehr gelobt worden, da er in kompakter und gut lesbarer Form einen guten Überblick über die Entwicklungen im Haus und die einzelnen Geschäftsfelder gebe. Insofern handle es sich bei dem Bericht um eine wertvolle Informationsgrundlage.

**Ein Rundfunkratsmitglied** bemängelt, im Bereich Personal vermisste es das von Frau Nickelsen in der nicht öffentlichen Septembersitzung formulierte Ziel, Diversity im Unternehmen noch mehr zu fördern.

**Herr Metzger** bedankt sich für den Hinweis und sagt zu, ihn im nächsten Bericht aufzunehmen.

**Der Rundfunkrat nimmt den Entwicklungsbericht 2015 zur Kenntnis.**

**TOP 11: Aufhebung der Kooperationsvereinbarung Nordwestradio**  
Vorlage 25/2014

**Der Intendant** erläutert noch einmal den Sachverhalt, der auch in der Vorlage ausführlich dargestellt ist. Die freundliche Trennung nach über zehnjähriger Zusammenarbeit mit dem NDR beim Nordwestradio erfolge vor dem Hintergrund, dass Radio Bremen das Geld, das bisher zweckgebunden vom NDR in das Nordwestradio geflossen sei, in Folge der Neuregelung des Finanzausgleichs ab dem kommenden Jahr nicht mehr zweckgebunden erhalte. Insofern entfalle der Sachgrund für diese Art von Kooperation, die nicht nur aus einem freundschaftlichen Austausch, sondern auch einem aufwändigen Controlling bestanden habe. Die Aufhebung der Kooperationsvereinbarung sei zum 31.12.2015 vorgesehen und man sei übereingekommen, sich in dem Jahr des Überganges aufgrund der für das Jahr noch bestehenden formellen Verbundenheit weiterhin gegenseitig zu informieren, allerdings sporadischer als bisher.

Für Radio Bremen sei diese Entwicklung erfreulich, weil man das Nordwestradio künftig in alleiniger Verantwortung gestalten könne und keine aufwändige Abstimmung mit dem NDR mehr notwendig sei. Es handle sich aus Sicht des Hauses um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, so dass die Zustimmung des Rundfunkrats erbeten werde.

**Herr Weyrauch** bestätigt, es sei einerseits bedauerlich, dass die gute Zusammenarbeit mit dem NDR zum Nordwestradio beendet werde, allerdings werde diese Trennung auch vieles vereinfachen. Die vom NDR zur Verfügung gestellten 3 Mio. € flössen bspw. ausschließlich in Bereiche, die für das Tagesprogramm zuständig seien. Die ehemaligen Fachredaktionen Kultur und Musik (jetzt Team 2 und 3) seien davon bspw. ausgeschlossen. Wenn also über eine sinnvolle Verzahnung und den Einsatz von Mitarbeitenden nachgedacht werde und die Verschiebung von Etats oder Stellen aus dem Tagesprogramm in Team 2 oder 3, sei das nicht so einfach möglich. Insofern werde Radio Bremen bzw. das Nordwestradio von einer Auflösung der Kooperationsvereinbarung profitieren. Dennoch wolle er dem NDR an dieser Stelle noch einmal explizit danken, der Radio Bremen seinerzeit sehr geholfen und auch den Reformprozess des Nordwestradios konstruktiv mitbegleitet und vorangetrieben habe.

**Ein Rundfunkrat** fragt, ob es neben den genannten Vorteilen auch strukturelle Nachteile gebe und ob bspw. Mitarbeitende des NDR abgestellt worden seien, die dann nicht mehr für das Nordwestradio arbeiteten.

**Herr Metzger** antwortet, der NDR habe für das Nordwestradio eine Controllerin abgestellt, die im Auftrag von Herrn Dr. Beyer, Landesfunkhausdirektor Niedersachsen, aktiv gewesen sei und nun ins Funkhaus Hannover zurückgehen werde. Das sei jedoch aus Sicht aller Beteiligten kein struktureller Nachteil, sondern werde die Dinge erleichtern.

Es gebe einen kleinen strukturellen Nachteil, nämlich dass der NDR ab 2016 Radio Bremen in Bezug auf Leistungen für das Nordwestradio so behandeln werde, wie es zwischen Landesrundfunkanstalten üblich sei. Sammelangebote aus der ARD oder z.B. dem Studio Oldenburg seien für Radio Bremen kostenfrei. Exklusivgeschichten aus dem Studio Oldenburg würden nun honorarpflichtig. Hier werde man also die Verhältnisse normalisieren, wie sie zwischen anderen Landesrundfunkanstalten auch gang und gäbe seien. Dieser kleine Nachteil wiege aber bei weitem nicht auf, dass Radio Bremen das Geld in Zukunft nicht mehr zweckgebunden erhalten werde.

**Der Rundfunkrat stimmt der Aufhebung der Vereinbarung über das Nordwestradio gemäß § 8 Absatz 4 Satz 1 Radio Bremen-Gesetz bei zwei Enthaltungen zu.**

**TOP 12: Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten**  
Vorlage 26/2014

Es gibt Lob aus dem Rundfunkrat für die gute Lesbarkeit und fehlende juristische Verklausulierung des Berichts.

**Der Datenschutzbeauftragte, Herr Carlson**, ergänzt auf Nachfragen aus dem Rundfunkrat zu seinem schriftlichen Bericht:

Zu „Weitgehender Wegfall der automatischen Rufnummerunterdrückung“  
(vgl. Seite 13 des Tätigkeitsberichts)

Die Unterdrückung der Rufnummer, die bei Radio Bremen bisher automatisch erfolgt sei, gebe es nun nur noch in Bereichen, in denen Informanten besonders geschützt werden müssten. Herr Carlson erinnert an den Datenskandal bei der Deutschen Bahn zur Zeit des Vorstandsvorsitzenden Mehdorn, als die Mitarbeitenden des Unternehmens nach Kontakten zu Journalisten ausgespäht worden seien. Mit der Rufnummernunterdrückung in bestimmten Bereichen wolle man vermeiden, dass Telefonate mit Journalisten von Radio Bremen nachvollzogen werden könnten.

Zu „Hybrid Broadcasting Broadband TV (HbbTV)“ (vgl. Seite 17)

Bei HbbTV finde eine inhaltliche Verknüpfung von Rundfunk- und Internetinhalten statt. Das bedeute auch, dass die IP-Adresse bei der Nutzung des entsprechenden Fernsehgerätes übertragen werden müsse, um Inhalte aus dem Internet anzeigen zu können. Der Kreis der Landesdatenschutzbeauftragten habe gefordert, dass die anonyme Fernsehnutzung auch bei der Nutzung von HbbTV gewährleistet sein müsse. Es müsse sichergestellt werden, dass eine Profilbildung über das individuelle Fernsehverhalten ohne Information und ausdrückliche Einwilligung der Zuschauer verhindert werde. Es sei dafür Sorge zu tragen, dass die IP-Adresse nur dann verwendet werde, sofern dies zur Erbringung der Dienste oder zu Abrechnungszwecken erforderlich sein könnte. Wichtig sei in diesem Zusammenhang die umfassende Information der Rezipientinnen und Rezipienten, welche Daten erhoben würden und was mit

ihnen passiere. Bei der ARD gebe es bei einem Wechsel in das Segment der Internetnutzung auf der Startseite an prominenter Stelle einen Hinweis auf den Datenschutz und wie man sicherstellen könne, anonym fernzusehen. Dies werde aber nicht bei allen Betreibern so gehandhabt, da bspw. Geräteherstellern oder private Rundfunkanbietern ein Interesse daran hätten, die IP-Adressen für Werbezwecke zu verwenden.

Zu „Überprüfung der Informationssicherheit bei der Creditreform Mainz Albert & Naujoks KG“ (vgl. Seite 24)

Die Überprüfung der Informationssicherheit der Creditreform Mainz Albert & Naujoks KG, die von den Landesrundfunkanstalten beauftragt worden sei, rückständige Rundfunkgebühren bzw. Rundfunkbeiträge gegenüber den betroffenen Rundfunkteilnehmerinnen und Rundfunkteilnehmern geltend zu machen, halte immer noch an. Die rückständigen Rundfunkbeiträge würden aber bereits eingezogen, auch mit Unterstützung der Creditreform. Die Prüfung durch die Landesdatenschutzbeauftragten bedeute nicht, dass der Betrieb stillstehen müsse. Es seien keine wesentlichen Beanstandungen zu erwarten.

Zu „Datenschutz beim Rundfunkbeitragseinzug“ (vgl. Seite 20)

Das technische Prozedere sei folgendes: Die GEZ habe nur die Bewegungsdaten mitgeteilt bekommen, wenn ein Rundfunkteilnehmer also umgezogen sei. Durch den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag würden nun alle Daten, die bei den Meldebehörden hinterlegt und gespeichert seien, weitergegeben. Der Beitragsservice habe diese Daten in vier Chargen bekommen, die bearbeitet und geprüft würden. Bei Doppelungen, Namensgleichheiten etc. könne auf einen gemeinsamen Haushalt geschlossen werden, so dass nur ein Rundfunkbeitrag zu zahlen sei. Diese Zuordnung finde aktuell statt und dauere in Anbetracht der Datenmenge eine gewisse Zeit. Parallel finde unter Beteiligung von ARD-Vertretern eine Evaluierung des Beitragsmodells statt.

Auf Nachfrage **der Rundfunkratsvorsitzenden** erläutert **Herr Schrader** noch einmal das neue Beitragssystem. Es gelte für volljährige Bürgerinnen und Bürger die einfache Regel „eine Wohnung – ein Beitrag“. Dabei spiele keine Rolle, wie viele Rundfunkgeräte in einer Wohnung vorhanden seien oder wie viele Menschen dort lebten. Wenn nun aber die Menschen angeschrieben würden, die noch nicht beim Beitragsservice erfasst seien, sei eine Zuordnung zu Haushalten wichtig. Es könne schließlich sein, dass sie in einem Mehrpersonenhaushalt lebten, von dem bereits der Rundfunkbeitrag gezahlt werde.

**Ein Rundfunkratsmitglied** weist darauf hin, dass es wichtig sei, die Schreiben taktvoller zu formulieren. Es sei für die Angehörigen schwierig, wenn in forschem Ton nach dem Verbleib eines Verstorbenen gefragt werde.

**Die Rundfunkratsvorsitzende** bestätigt, ein taktvoller Umgang sei wichtig. Für die Schreiben des Beitragsservices sei Radio Bremen nicht verantwortlich, die Bitte könne aber weitergegeben werden.

**Der Rundfunkrat nimmt den Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten von Radio Bremen für den Zeitraum vom 1. November 2013 bis 31. Oktober 2014 zur Kenntnis.**

**TOP 13:      Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben**  
Vorlage 27/2014

**Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 18. August bis 18. November 2014 zur Kenntnis.**

**TOP 14:      Verschiedenes**  
Termine 2015

**Die Vorsitzende** weist auf die verteilte Liste mit den Gremienterminen hin. Der Rundfunkrat tagt in 2015 am 5. Februar (Klausurtagung Jugendmedienschutz), 12. März, 2. Juli, 17. September und 10. Dezember.

**Die Frauenbeauftragte** weist auf die Sendung der vierstündigen Barockoper „Niobe“ am 25. Dezember hin, an deren Aufnahme im Sendesaal mit dem Boston Early Music Festival ebenfalls die für den Grammy nominierten Tonmeisterin Renate Wolter-Seevers mitgewirkt habe.

**Die Vorsitzende** bedankt sich bei allen Rundfunkratsmitgliedern und dem Direktorium von Radio Bremen für die konstruktive, gute Zusammenarbeit in 2014. Man habe gemeinsam viel erreicht in diesem Jahr. Sie wünscht allen Anwesenden schöne Weihnachtsfeiertage und ein gesundes und gutes neues Jahr 2015 und schließt die Sitzung.

Genehmigt:

Eva-Maria Lemke-Schulte  
Vorsitzende des Rundfunkrates

Protokoll:

Merle Schmidt